



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

Vorwort

Liebe Verbandlerinnen und Verbandler,

diese Darstellung soll Euch einen Überblick über die Parteien und Gruppierungen mit Parteienstatus geben, die in NRW aktiv sind und vom Verfassungsschutz NRW beobachtet werden.

Sie gibt weder Wahlhilfe noch nimmt sie Euch die Entscheidung ab, mit welchen VertreterInnen der Politik Ihr Euch in Eurer jugendpolitischen Arbeit auseinandersetzt. Auch ist sie kein Aktionspapier, das pädagogische Handlungsoptionen im Umgang mit Politik darlegt.

Sie soll Euch allerdings bei Eurer Meinungsbildung unterstützen und Euch den Stand der Dinge übersichtlich gestaltet wiedergeben.

Im ersten Teil findet Ihr eine Einführung ins Thema und eine Erklärung und Einordnung der Begrifflichkeiten.

Im zweiten Teil folgt die Darstellung der Parteien und Organisationen auf Grundlage des Verfassungsschutzberichtes NRW.


Den Abschluss bilden im dritten Teil grundsätzliche Positionen des BDKJ im Erzbistum Köln sowie Verweise auf Materialien für die politische Bildungsarbeit vor Ort.


Seid herzlich begrüßt

Euer Diözesanvorstand des BDKJ im Erzbistum Köln


Annika Triller


Pfr. Dirk Bingener


Sarah Primus


Christian Linker



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

1. Einführung

Im Folgenden sollen vor allen Dingen Begriffe geklärt sowie die Stellung und Aufgaben des Verfassungsschutzes der BRD dargestellt werden, um eine Einordnung der Ergebnisse in einen Gesamtzusammenhang zu ermöglichen. Diese Begriffsbestimmungen sind erweiterbar und können natürlich diskutiert werden. Sie sind auch innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses umstritten. Dennoch ist eine erste Begriffsklärung notwendig, um das Koordinatensystem von freiheitlich demokratischer Grundordnung, Extremismus und Verfassungsfeindlichkeit abzustecken in dem die Bewertung der Parteien und Organisationen im zweiten Teil auf Grundlage des Verfassungsschutzberichtes 2008 vorgenommen wird. Gleichzeitig soll ein kritischer Blick auf Begriffe und Institutionen ermöglicht werden.

1.1 Extremismus - Begriffsdefinition & Kritik

Politischer Extremismus ist keine neue Erscheinung. Historisch betrachtet entstand er durch Radikalisierungsprozesse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aufgeworfen durch den zu dieser Zeit entstehenden Kapitalismus und die soziale Frage verschärfen sich hier Konflikte und es entwickelte sich politischer Extremismus der rechten und linken Variante (Jaschke, S.18, 2006).

Ein historischer Bezug auf einen europäischen Verfassungskern oder auf die liberalen Grundideen, von denen Europa heute lebt, erscheint als Bezugspunkt für einen Extremismusbegriff sinnvoller, als die Einordnung anhand des 1949 verabschiedeten Grundgesetzes auf das sich zurzeit viele der häufigen Definitionen beziehen (Jaschke, S.13, 2006).

„Im politischen Sinne bedeutet Extremismus die prinzipielle, unversöhnliche Gegnerschaft gegenüber Ordnungen, Regeln und Normen des demokratischen Verfassungsstaates sowie die fundamentale Ablehnung der mit ihm verbundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten. Extremistische Einstellungen basieren in der Regel auf grundsätzlicher Ablehnung gesellschaftlicher Vielfalt, Toleranz und Offenheit und stellen häufig den Versuch dar, die aktuellen politischen, ökonomischen und sozialen Probleme auf eine einzige Ursache zurückzuführen“ (Schubert/Klein in Jaschke, S.18, 2006).

Obwohl diese Definition so oder so ähnlich wohl breite Zustimmung findet, ist die eigentliche Problematik in diesem Fall die Frage, wer wofurch berechtigt ist, eine solche Begriffsbestimmung anzuwenden (Jaschke, S. 18, 2006).

Der Begriff Extremismus ist ein Etikett, das bestimmten gesellschaftlichen Akteuren ohne deren Zustimmung angeheftet wird. Diese Zuschreibung kann zutreffen – muss aber nicht. Es handelt sich also um einen Abgrenzungsbegriff, so dass Extremismus nie einen Wert an sich bezeichnet, sondern immer von einem anderen Wert oder Begriff abgeleitet werden muss. Mit dem Extremismusbegriff ist nicht nur eine Entfernung von einer gedachten und für „gut“ befundenen Mitte gemeint, sondern auch eine Abwertung verbunden auch in heutigen politische Konstellationen immer wieder sichtbar wird (Jaschke, S.16f, 2006). Mit den im politischen Sinne gemeinten Begriffen wie „extrem rechts“ und „extrem links“ werden „Orte“ innerhalb des politischen Spektrums auf einer eindimensionalen Rechts-Links-Achse



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

bestimmt. Es liegt dabei die Vorstellung zu Grunde, dass sich in der Mitte des politischen Spektrums die zentralen Bestandteile der demokratischen Ordnung befinden, die von den Rändern her bedroht werden. Das diese Vorstellung einer zunehmend komplexer werdenden Gesellschaft nicht gerecht werden kann, liegt auf der Hand (Neugebauer, 2008).

1.2 Der Begriff der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Um den Begriff des Extremismus wie er im amtlichen Sinne, auch vom Verfassungsschutz NRW, verwandt wird, richtig zu deuten, ist ein Blick auf den Bezugspunkt hilfreich. Dabei kommt man um den Begriff der freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht herum. Der Begriff des Extremismus wird hier in Abgrenzung zur Verfassung und der dort beschriebenen Grundordnung definiert. (Jaschke, S.19, 2006)

In diesem Sinne werden als extremistische Bestrebungen solche bezeichnet, die den Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte ablehnen und darauf abzielen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wurde vom Bundesverfassungsgericht als eine Ordnung definiert, „...die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt“ (BVerGE 2, 1-12f. in Benda, 2003).

Diese Ordnung ist die Grundlage des demokratischen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Systems Deutschlands. Dazu gehören vor allen Dingen die Wahrung der Menschenrechte, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Verantwortlichkeit der Regierung und das Mehrparteiensystem.

Auch in den Artikeln 18 und 21 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wird die freiheitlich demokratische Grundordnung als die Verwirklichung von Grundrechten ausdrücklich benannt.

Wer versucht diese zu beseitigen und dafür seine Grundrechte missbraucht, seien es Einzelpersonen oder Organisationen, handelt verfassungswidrig und verwirkt seinen Anspruch auf diese. Eine verfassungsfeindlich handelnde Partei beispielsweise kann verboten oder ein Richter durch das Bundesverfassungsgericht seines Amtes enthoben werden (Benda, 2003). Sieht man die Konzeptionen der Verfassung also im Zusammenhang, kann man von einer streitbaren oder wehrhaften Demokratie sprechen (Jaschke, S.21, 2006).

1.3 Der Verfassungsschutz: Aufgaben und Stellung im politischen System der BRD

Das Prinzip der streitbaren Demokratie und die damit verbundenen Begrifflichkeiten sind, wie Hans Gerd Jaschke feststellt, allgemeine Handlungsgrundlagen der Sicherheitsbehörden bei der Bearbeitung des politischen Extremismus (Jaschke, S.23, 2006).

Die Verfassungsschutzbehörden haben den Auftrag Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beobachten, auszuwerten und die Erkenntnisse an polizeilichen Staatsschutz und die Öffentlichkeit weiterzugeben.

Dafür ist ein möglichst eng begrenzter, politischer Extremismusbegriff Voraussetzung, wie er unter 1.2 in dieser Darstellung beschrieben wird.



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

Die Arbeit des Verfassungsschutzes leistet Vorarbeit für das Verbot extremistischer Vereinigungen und prägt das Bild der Gesellschaft über extremistische Entwicklungen in der Bundesrepublik. Die Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz der Arbeit hat seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Fall der Mauer zugenommen und hat ein Maß erreicht, das zur Zeit des Kalten Krieges nicht denkbar gewesen wäre. Weiterhin wird die Arbeit zwar kritisch durch Presse und Wissenschaft begleitet, aber als Informationsquelle über politischen Extremismus ist der Verfassungsschutz kaum noch wegzudenken.

Dies grundsätzlich positive Entwicklung hat jedoch ihre Schattenseiten: Die Definitionsmacht wird mit zunehmendem Einfluss auf die öffentliche Meinung immer größer. Eine Reduktion des Extremismusbegriffes auf den Verfassungsbogen zwischen Extremismus und Demokratie kann leicht dazu führen, dass weitere Facetten einfach ausgeblendet werden (Jaschke, S.24ff, 2006).

2. Darstellung der vom Verfassungsschutz beobachteten Parteien

2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) (Verfassungsschutzbericht, S.30ff, 2008)

NRW
Gründung: 1964
Sitz: Bochum
Vorsitzender: Claus Cremer
Mitglieder 2008: 780

Publikationen: „Deutsche Stimme“ (monatlich), Landesstimme NRW (quartalsweise), diverse lokale Publikationen

Internet: die Partei ist nahezu flächendeckend (Bundes- und Landesverband, Kreisverbände) im Internet vertreten.

Hintergrund:

Die Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen der NPD ergeben sich unter anderem aus ständigen gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteten Äußerungen und entsprechender Agitation, unabhängig vom offiziellem Parteiprogramm.

Die NPD äußert ihre verfassungsfeindlichen Ziele aber nicht nur verbal, sondern will sie im Rahmen ihres „Vier-Säulen-Säulen-Konzeptes“ auch umsetzen: „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Straße“, Kampf um die Parlamente“ und der „Kampf um den organisierten Willen“ gehören dazu. Beiträge wie der „Vorwärts Nationaldemokraten!“ in der Deutschen Stimme bestätigen, dass dieses Konzept zur aktuellen NPD-Strategie gehört.

Im Parteiprogramm dokumentiert die NPD ihre rechtsextremistische Einstellung durch ihr Bekenntnis zum völkischen Kollektivismus, eine dem Nationalsozialismus entnommene Weltanschauung. Weiterhin wird die freie Entfaltung Einzelner der Volksgemeinschaft untergeordnet, sowie Begrifflichkeiten aus der NS-Idologie wie „Volksgemeinschaft“ und „Volksganzen“ entnommen und so die Forderung nach einem eingeschränkten Individualrecht zugunsten einer „Volksherrschaft“ aufgestellt. Dies ist mit der freiheitlich



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

demokratischen Grundordnung nicht vereinbar – besonders nicht mit der Achtung der Menschenrechte, dem Demokratieprinzip und dem Mehrparteiensystem wie sie im Grundgesetz beschrieben werden.

Aktuelle Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen:

- Zusammenarbeit mit Neonazis bzw. „Freien Nationalisten“ und der „Deutschen Volksunion“
- Verbreitung des „Rasse-Gedankens“
- Ausländerfeindlichkeit: in Veröffentlichungen werden Ausländer und Migranten grundsätzlich als tendenziell gewaltbereit und kriminell beschrieben. Sie werden für die Krise in den sozialen Systemen verantwortlich gemacht und es wird Angst vor „Überfremdung“ geschürt.
- Antisemitismus

Ausblick:

Die Kommunalwahl 2009 dürfte für den Wahlkampf der NPD im Mittelpunkt stehen. Nach dem Wegfall der 5%-Hürde bei Kommunalwahlen kann sie bereits mit relativ geringen Stimmenanteilen auf einzelne Mandate hoffen.

Aufgrund der geringen Mitgliederzahl wird sich die NPD nun wohl auf Schwerpunkte, wie die großen Städte, konzentrieren. Darüber hinaus scheint sich ein Schwerpunkt im Rheinland abzuzeichnen, während die NPD in Ostwestfalen und dem Münsterland schlecht aufgestellt ist.

Sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene scheint die Mitgliederentwicklung im Jahre 2008 zu stagnieren. In NRW ist ein minimaler Zuwachs zu verzeichnen, der durch die zahlreichen Veranstaltungen, wie Mahnwachen, Infostände usw. erklärbar ist.

2.2 Deutsche Volksunion (DVU)

(Verfassungsschutzbericht, S.37ff, 2008)

	NRW
Gründung:	1989
Sitz:	Dortmund
Vorsitzender:	Max Branghofer
Mitglieder 2008:	1200

Publikationen: „National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“, Auflage ca. 41000 (wöchentlich)

Internet: Die DVU verfügt über eine Homepage des Bundesverbandes und auch einige Landesverbände sind im Internet vertreten.

Hintergrund:

Die DVU greift die typischen rechtsextremistischen Agitationsfelder auf. Dabei bilden Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und revisionistische Thesen Schwerpunkte. Sie geht von einer allein ethnisch verstandenen deutschen Nation aus, wodurch tendenziell Menschen- und Bürgerrechte zugunsten einer völkisch-nationalistischen Ideologie abgewertet werden. Daraus leitet die DVU ihren politischen Auftrag ab: Die Schaffung eines ethnisch homogenen



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

Deutschlands, völkischen Protektionismus und die Bekämpfung aller „antideutschen“ Bestrebungen.

Hier liegen auch Gemeinsamkeiten mit der NPD, mit der sie im Rahmen des sogenannten „Deutschlandpaktes“ zusammenarbeitet.

Aktuelle Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen:

Bei der DVU bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer extremistischen Bestrebung. Zwar ist die Partei bemüht ihr Wahlprogramm vage zu halten, um ihre Zielsetzungen zu verschleiern, doch geben Ausführungen in der „National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ ausreichend Anhaltspunkte, um einen solchen Verdacht zu begründen. Aufgrund der Führungsposition des Herausgebers in der DVU müssen die Äußerungen direkt der Partei zugerechnet werden. Kritische Distanzierungen zu den hier geäußerten Ansichten von Seiten der DVU sind nicht bekannt.

Themen mit Ausländer – und Einwanderungsbezug werden gezielt eingesetzt um Überfremdungsängste zu schüren und mit suggestiven Fragestellungen sollen bei der Leserschaft bestehende Ressentiments angesprochen und verstärkt werden.

So heißt es etwa:

„Deutsche Freiwild im eigenen Land? – Fakten zur Kriminalität bei jungen Ausländern“

„Verbrecherparadies Deutschland?“

„Freie Fahrt für freie Verbrecher?“

„Massenansturm aus Afrika“

„Alles für Israel?“

„Schon der Irak-Krieg ist auf den Einfluss zumeist jüdischen US-Strategen zurückzuführen“

„Siemens und die Rolle Israels – Bestechungsgelder flossen auch in den Judenstaat“

Ausblick:

In NRW ist die DVU in etwa zehn Kreisverbänden organisiert, wobei Dortmund eine DVU-Hochburg bildet. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass der Kreisverband Dortmund mit Max Branghofer den Landesvorsitzenden stellt.

Die DVU wird bei der Kommunalwahl kaum in Kreisen KandidatInnen aufstellen, in denen sie nicht selbst mit einem Kreisverband vertreten ist. Allerdings könnten diese auf NPD Listen aufgestellt werden.

Bundesweit setzt sich ein Trend der Schwächung der Partei fort; es ist allerdings von einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit NPD und Neonazis zu rechnen.

2.3 pro Köln e.V.

(Verfassungsschutzbericht, S.39ff, 2008)

	NRW
Gründung:	1996
Sitz:	Köln
Vorsitzender:	Markus Beisicht
Mitglieder 2008:	ca. 200

Publikationen: „Pro Köln – Informationen der Fraktion pro Köln im Rat der Stadt Köln“ (quartalsweise)

Internet: Der Verein verfügt über eine Homepage.



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

Hintergrund:

Die Gruppierung „pro Köln“ ist ein Verein, der 1996 in das Vereinsregister eingetragen wurde. Seit der Kommunalwahl 2004 ist sie im Kölner Stadtrat vertreten. Pro Köln versucht auf kommunaler Ebene an Einfluss zu gewinnen und setzt dabei gezielt auf populistische Strategien, die an rechtsextremistische Einstellungen anknüpfen. Themenschwerpunkte sind die Ablehnung von sogenannten „Groß-Moscheen“ sowie die Diskussion um Kriminalität bei ausländischen oder deutschen Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

In „Info-Blättern“ von pro Köln sowie im Archiv der Homepage sind immer wieder Äußerungen zu finden, die den Verdacht nahe legen, dass Teile der freiheitlich demokratische Grundordnung nach dem Willen von „pro Köln“ außer Kraft gesetzt werden sollen. So werden AusländerInnen bzw. MigrantInnen mit überwiegen drastischer Wortwahl anhaltend negativ bewertet, herabgesetzt und ausgegrenzt. Weitere Hinweise auf die ausländerfeindliche Einstellung von „pro Köln“ geben die andauernden Kontakte des Vorsitzenden zur belgischen Partei „Vlaams Belang“ nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichtes Münster eine ausländerfeindliche Politik verfolgt.

Aktuelle Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen:

- Schüren von Ressentiments gegen die muslimische Bevölkerung: „Höchste christliche Feiertage werden mal eben zur Bedeutungslosigkeit degradiert, damit der Moslem mitten auf der Hauptstraße in Vingst seinen Hammel grillen kann!“
- Forderungen auf Flyern wie diese: „Maximal 30% Kinder ausländischer Herkunft in den Schulklassen“
- Äußerungen des Vorsitzenden Beisicht: „Man komme zwar in dem Gewand daher, verstehe sich aber nicht als bloße Bürgerinitiative gegen den Moscheebau, sonder als ein rechtes Parteiprojekt“

Ausblick:

Mit der Absicht bei der Kommunalwahl 2009 auch in anderen Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens anzutreten wurde die überregionale Plattform „pro NRW“ gegründet, deren Vorsitzender ebenfalls Markus Beisicht ist. Diese Gruppierung mit Parteienstatus greift auch fast identische Themen auf. Ziel ist es flächendeckend Bezirks- und Kreisverbände zu gründen. Es ist zu befürchten, dass es den „pro- Gruppierungen“ durch eine Instrumentalisierung etwa des Themas „Überfremdung“ bei Wahlen Mandate zu erreichen. Zulauf könnten diese Gruppierungen auch dadurch erhalten, sich geschickt als Opfer von linksextremistischen Ausschreitungen darzustellen.

2.4 Marxistisch- Leninistische- Partei Deutschlands (Verfassungsschutzbericht, S.70ff, 2008)

Gründung:	1982
Sitz:	Gelsenkirchen
Vorsitzender:	Stefan Engel
Mitglieder 2008:	ca. 650 in NRW

Publikationen: „Rote Fahne“, Auflage ca. 7500 (wöchentlich)



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

Internet: Umfangreiche Internetpräsenz; „Rote Fahne News“ als Online-Nachrichten-Magazin.

Hintergrund:

Die MLPD gründete sich 1982 und bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Mao Tse-tung. Im Zentrum ihrer Bestrebungen steht das Ziel der internationalen sozialistischen Revolution. Verfassungsfeindliche Aussagen finden sich bereits in der Präambel ihres Grundsatzprogramms, in dem sie die Errichtung einer Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft beschreibt. Schwerpunkt der politischen Arbeit legt die Partei auf Frauen- und Jugendpolitik sowie auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Dabei spielt auch die Beteiligung an sozialen Protesten eine wichtige Rolle.

In NRW verfügt die Partei einen Landesverband und tritt schwerpunktmäßig im Ruhrgebiet in Erscheinung.

Aktuelle Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen:

Die angestrebte Gesellschaftsordnung soll durch eine Revolution erreicht werden, bei der der „Staatsapparat“ zerschlagen werden soll. Die „Vision“ sei, so der Parteivorsitzende in einer Rede zum 25 jährigen Bestehen, eine Welt der vereinigten sozialistischen Länder.

Ausblick:

Die MLPD sieht sich selbst in einer fortdauernden Verfolgungssituation durch den Staat und seine Organe und agiert deshalb mit Verschleierungstaktiken und verdeckt. So unterstützt sie angeblich freie Personenwahlbündnisse, deren Personal allerdings eng mit der MLPD verflochten ist.

In der Öffentlichkeit stößt die MLPD bei ihren Bemühungen Landesverbände zu gründen aufgrund ihrer Formelhaftigkeit und ihres sektiererhaften Auftretens kaum auf Resonanz. Auch im linksextremistischen Spektrum ist sie als Splitterpartei weitgehend isoliert.

2.5 Deutsche Kommunistische Partei
(Verfassungsschutzbericht, S.68ff, 2008)

	NRW
Gründung:	1968
Sitz:	Essen
Vorsitzender:	Heinz Stehr
Mitglieder 2008:	ca. 1500

Publikationen: „Unsere Zeit/Marxistische Blätter“ (wöchentlich)

Internet: Die Partei ist im Internet auf Bundesebene, aber auch auf Kreisebene mit eigenen Seiten vertreten.

Hintergrund:

Die DKP verfolgt das Ziel des revolutionären Umsturzes der Macht- und Eigentumsverhältnisse durch die Arbeiterklasse. Im Jahre 2008 feierte sie ihr 40 jähriges Bestehen, wobei sie sich in der Tradition der 1956 als verfassungswidrig verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sieht.

Seit dem Mauerfall und dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ in Mittel- und Osteuropa schrumpfen die Mitgliederzahlen und auch Überalterung stellt ein Problem für die



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

Partei dar. In den letzten Jahren stabilisierte sich die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung geringe Mitgliedszahl jedoch, was die DKP als ersten Schritt zu Konsolidierung deutet.

Aktuelle Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen:

Auf dem Parteitag 2008 wurde besonderer Wert auf ein einheitliches und geschlossen am Parteiprogramm orientiertes Auftreten gelegt. Dabei wurde ihre außerparlamentarische Ausrichtung auf kommunaler Ebene für den Kampf gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau hervorgehoben. Dies soll den Parteimitgliedern ein breites Bündnisspektrum innerhalb der linken Parteien und Initiativen während der Wahlen 2009/2010 eröffnen, in dem die Partei sich offiziell den Zielen eines Bündnispartners unterordnet, gleichzeitig aber ihre eigene Struktur durch diese Präsenz in den Kommunen und Initiativen stärken will.

Am 27.09.2008 fand von der Öffentlichkeit eher unbeobachtet ein Festakt zum 40 jährigen Bestehen statt. Nach Parteiangaben nahmen 600 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet daran teil. Besonders geworben wurde bei dieser Gelegenheit für den Erhalt der Wochenzeitung „Unsere Zeit/Marxistische Blätter“, deren Finanzierung durch Rückgang der Mitgliederzahlen und einer schlechten Zahlungsmoral der Abonnenten gefährdet ist.

Ausblick:

Da die DKP den weiteren Mitgliederschwund aufhalten konnte, sieht sie ihr Ziel in 2009 in einer stärkeren Zusammenführung der linken Parteien und Strömungen und der Schärfung des eigenen Profils. So will sie die bestehenden politischen Verhältnisse verändern und ist zuversichtlich ihre Wahlergebnisse verbessern zu können. Dabei setzt sie Schwerpunkte auf traditionelle Hochburgen im Ruhrgebiet. Es bleibt abzuwarten ob ihr das gelingt, da sie mit der Partei „die Linke“ um dasselbe Wählerpotential konkurriert.

2.6 DIE LINKE Landesverband Nordrhein Westfalen

(Verfassungsschutzbericht, S.17ff und S.63ff, 2008)

	NRW
Gründung:	1990 (damals noch als PDS)
Sitz:	Düsseldorf
Sprecher:	Katharina Schwabdissen, Wolfgang Zimmermann
Mitglieder 2008:	7335
Publikationen:	„Landesinfo Nordrhein Westfalen“ und Zeitschriften der Parteigliederungen.
Internet:	die Partei ist nahezu flächendeckend (Bundes- und Landesverband, Kreisverbände) im Internet vertreten.

Hintergrund:

Die Partei „DIE LINKE“ wurde 2007 durch Fusion der „Linkspartei/PDS“ mit der „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ gebildet. Während die Partei institutionell in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik verankert ist, fällt die Bewertung ihrer Stellung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht eindeutig aus. Die programmatische Ausrichtung der Partei zur parlamentarischen Demokratie bleibt in wichtigen Fragen vage. Allerdings wird nicht nur eine Veränderung der Wirtschaftsordnung, sondern auch eine Veränderung der Gesellschaftsordnung gefordert. In den „Positionen zur Landespolitik“ der nordrhein-westfälischen Gliederung ist von einem „Systemwechsel“ die Rede, der allerdings durch eine „Demokratisierung der Demokratie“ herbeigeführt werden



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

soll. Man sei sich bewusst, heißt es dort weiter, dass „nur eine umfassende gesellschaftliche Umgestaltung die Vorherrschaft der Kapitalverwertung überwinden werde“.

Allein die explizit gestellten Forderungen nach einer Überwindung des Kapitalismus oder einem politischen Richtungswechsel können für sich allein genommen nicht als extremistisch gelten, allerdings liegen extremistische Positionen dann vor, wenn mit der geforderten neuen Gesellschaftsordnung die Negierung demokratischer Grundprinzipien einhergeht.

In Nordrhein Westfalen liegen allerdings tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht linksextremistischer Bestrebungen vor, denn die in jüngerer Vergangenheit verabschiedeten Grundsatzdokumente schaffen keine Klarheit hinsichtlich der Vereinbarkeit von politischen Zielen der Partei und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Aktuelle Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen:

Beim ersten ordentlichen Parteitag wurde der alte Vorstandssprecher wieder- und eine neue Vorstandssprecherin neu gewählt. Beide waren zuvor schon in der WASG aktiv gewesen. Inhaltlich änderten sich die Positionen der Landespartei allerdings nicht - Katja Kipping (MdB und stellvertretende Bundesvorsitzende) äußerte in ihrer Gastrede „Der real existierende Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Es ist Zeit für eine neue Gesellschaftsordnung.“.

Derartige Meinungen spiegeln sich auch in der personellen Zusammensetzung der Partei wieder – mal arbeitet der gesamte Landesverband, mal auch nur Teile mit linksextremistischen Gruppierungen zusammen. Diese Kooperationen reichen bis in das gewaltbereite Spektrum.

Andererseits äußern sich gerade nordrhein-westfälische LandespolitikerInnen der „LINKEN“ immer wieder dahingehend, dass ihre Partei auf dem Boden des Grundgesetzes stehe. Jedoch können diese Aussagen die programmatischen revolutionären Aussagen nicht entkräften – denn die Umsetzung solcher Positionen ist im Rahmen des Grundgesetzes nicht möglich.

Ausblick:

Für den Landesverband NRW ist erklärtes Ziel 2010 in den Landtag einzuziehen. Dies wird auch davon abhängen, ob es nach der Kommunalwahl zu Koalitionen mit anderen Parteien kommt, obwohl Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen bestehen. Ebenso wichtig ist, ob die gesellschaftliche Verankerung durch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und anderen Organisationen voranschreitet oder aber stagniert.

„DIE LINKE“ ist gegenwärtig immer noch eine ideologisch wie organisatorisch sehr heterogene Partei, in der es sowohl Reformer wie Traditionalisten gibt. Es besteht, bis zur Klärung einiger Widersprüche und Fragen, mindestens der Verdacht einer extremistischen Bestrebung mit dem Ziel der Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Diese sind beispielsweise:

- wenn die Partei fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht, warum wird dann immer wieder undifferenziert die „Systemfrage“ gestellt?
- Warum werden kommunistische Strömungen innerhalb der Partei nicht nur zugelassen, sondern fest verankert?
- Wenn die Menschenrechte universell anerkannt werden, warum wird deren Einhaltung nicht auch gegenüber Kuba gefordert und Abgeordnete die dies tun von der Parteispitze gemäßigelt?



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt!

Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

3. Berührungspunkte & Informationen

3.1 Positionen des BDKJ

Gerade in Wahljahren spielt Politik für Kinder-, Jugendliche- und junge Erwachsene in der katholischen Jugendverbandsarbeit eine wichtige Rolle. Parteien und ihre Positionen werden diskutiert und hinterfragt. Die Mitgliedsverbände des BDKJ als freie Träger der Jugendhilfe haben den gesetzlichen Auftrag, Staat und Gesellschaft mit zu gestalten und die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Orientiert an der Botschaft Jesu Christi vom Reich Gottes engagieren sie sich gegen lebensfeindliche Strukturen wie Kinderarmut, Extremismus oder Umweltzerstörung und für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft – insbesondere für bessere Bedingungen des Aufwachsens.

Dazu gehört innerhalb der politischen Bildungsarbeit auch das politische Spektrum in den Blick zu nehmen, um danach entscheiden zu können, mit welchen Positionen eine Auseinandersetzung lohnt und wo unüberbrückbare Grenzen verlaufen.

Der BDKJ steht mit seinen Positionen für Demokratie und Menschenwürde ein: Denn es ist „nach dem Plan Gottes [...] jeder Mensch gerufen, sich zu entwickeln, weil das Leben eines jeden Menschen von Gott zu irgendeiner Aufgabe bestimmt ist. Von Geburt an ist allen keimhaft eine Fülle von Fähigkeiten und Eigenschaften gegeben, die Frucht tragen sollen“(Populorum progressio, Nr. 15. 1967)

Daher ist, was immer „zum Leben selbst im Gegensatz steht [...], was immer die Unantastbarkeit der menschlichen Person verletzt [...] in höchstem Maße ein Widerspruch gegen die Ehre des Schöpfers“ (Gaudium et Spes, Nr. 27. 1965).

Aus diesem Grund „verwirft die Kirche jede Diskriminierung eines Menschen oder jeden Gewaltakt gegen ihn um seiner Rasse oder Farbe, seines Standes oder seiner Religion willen [...]“(Nostra Aetate, Nr. 5,1965).

Darüber hinaus sollen wir Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene „zu eigenverantwortlichem Handeln, zu gesellschaftlicher Mitwirkung, zu demokratischer Teilhabe, zur Auseinandersetzung mit friedlichen Mitteln und zu Toleranz gegenüber verschiedenen Weltanschauungen, Kulturen und Lebensformen befähigen.“ (Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW, § 2(1),2004).



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt! **Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien**

3.2 Weiterführende Informationen

Für Eure politische Bildungsarbeit findet Ihr hier Anregungen und Informationen:

Unter www.wahlheld.de oder www.wahlheldin.de findet ihr Positionen der Jugendverbände zu verschiedenen politischen Themen. Zudem gibt's hier weitere Ideen für Methoden.

Hier findet Ihr den kompletten Verfassungsschutzbericht 2008 zum Download und weitere Informationen des Innenministeriums NRW zum Thema www.im.nrw.de

Bei der Bundeszentrale für Politische Bildung findet Ihr Hintergrundmaterial zum Download oder Bestellen www.bpb.de Beispielsweise ein Grundgesetz für die Hosentasche.

Die Seite www.gelingende-beteiligung.de bietet euch viele Methoden zur Partizipation Jugendlicher.

Unter www.wahl-o-mat.de könnt ihr herausfinden, welche Parteien eure Positionen vertreten.

Die Seite des Deutschen Bundesjugendrings findet ihr unter www.jugend-waehlt-zaehlt.de Hier gibt es Argumente für Jugendbeteiligung, Wahlprogramme im Überblick und vieles mehr.

Auf der Seite www.sinnvollwaehlen.de erfahrt ihr alles über die Wahlkampagne des Landesjugendrings NRW. Außerdem wird über Wahlaktionen berichtet und ihr könnt euch gute Anregungen holen.

3.3 Ansprechpartner

Besucht den BDKJ im Erzbistum Köln unter: www.bdkj-dv-koeln.de

Wenn Ihr Fragen, Rückmeldungen oder Ideen habt könnt Ihr Euch an die BDKJ Diözesanstelle wenden:

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
im Erzbistum Köln
Referat für Jugend- und Gesellschaftspolitik
Steinfelder Gasse 20-22
50670 Köln
Fon: +49 (0) 221 1642 6212
Fax: +49 (0) 221 1642 6613
Mail: politik@bdkj-dv-koeln.de



Extrem rechts? Extrem links? Meinungsbildung jetzt! Darstellung der vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Parteien

4. Quellennachweise

Jaschke, Hans-Gerd; Politischer Extremismus, 1. Auflage; 2006

Schubert, Klaus/Klein, Martina: Das Politiklexikon; 4. Auflage; 2006

Innenministerium des Landes Nordrhein Westfalen (Hrsg.); Verfassungsschutzbericht des Landes NRW über das Jahr 2008; Pressefassung

Deutscher Bundestag; Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 1998

Zugriff am 11.03.2009 - Definition Extremismus:

http://www.bmi.bund.de/cln_144/DE/Themen/Sicherheit/Extremismus/extremismus.html

Zugriff am 24.07.2009 – Neugebauer, Gero; Extremismus – Linksextremismus –

Rechtsextremismus: <http://www.bpb.de/themen/UXBBFN.html>

Zugriff am 24.07.2009 – Benda, Ernst; Freiheitlich-demokratische Grundordnung:

<http://www.bpb.de/wissen/07403964499523816036687609136772.html>

Populorum progressio, Enzyklika Papst Paul VI über die Entwicklung der Völker. Nr. 15.
1967

Gaudium et Spes, Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute, Nr. 27. 1965.

Nostra Aetate, Erklärung des II. Vatikanischen Konzils über das Verhältnis der Kirche zu den Nichtchristlichen Religionen, Nr. 5.1965.

Landtage NRW, Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW, 2004